Schweizerisches Bundesblatt.

XXI. Jahrgang III.

Nr. 44.

6. November 1869.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 4 Franken.
Einrückungsgebühr per Zeile 15 Rp. — Inserate sind frankirt an die Expedition einzufenden.
Druck und Expedition der Stämpfischen Buchdruckerei (G. Hünerwadel) in Bern.

Bundesrathsbeschluss

in

Sachen des Herrn Notar Franz Hediger in Schwyz,
betreffend Rechtsverweigerung.

(Vom 24. September 1869.)

Der schweizerische Bundesrath

hat

in Sachen des Herrn Notar Franz Hediger in Schwyz, betreffend Rechtsverweigerung;

nach angehörtem Berichte des Justiz- und Polizeidepartements und nach Einsicht der Akten, woraus sich ergeben:

I. Mit Eingabe vom 2. September 1869 reichte Herr Hediger dem Bundesrathe folgende Beschwerde ein:

Im Mai 1866 habe alt Präsident Xaver Fäßler aus dem Yberg auf eine Liegenschaft eine Hypothek von Fr. 7000 errichtet, in welcher pro forma sein Schwager, Xaver Goldener, aus der Gemeinde Yberg, als Gläubiger angegeben worden sei. Bei der Unterzeichnung des Hypothekenbuches habe der Gläubiger ihm, dem Rekurrenten, als dem fungirenden Notar, den Auftrag gegeben, das Instrument dem Schuldner Xaver Fäßler auszuliefern. Nachdem dieses geschehen sei, habe Fäßler den Titel bei der Spar- und Leihkassa Schwyz verpfändet, und sei dann im Herbst 1867 in das Falliment gekommen. Hierauf sei von Xaver Goldener behauptet worden, der Notar habe den Titel ohne sein Wissen und Willen widerrechtlich an einen Dritten ausgingegeben. In dem nun entstandenen Prozesse sei dann er, Rekurrent, mit Urtheil des

Kantonsgerichtes von Schwyz, datirt 27. Oktober 1868, verurtheilt worden, dem Xaver Goldener eine Entschädigung von Fr. 5993. 20 zu bezahlen.

In Folge des Konkurses sei Fäbler des Betruges und der Schriftenfälschung angeklagt und da er sich nach Frankreich geflüchtet, dort arretirt und ausgeliefert worden. Mit Rücksicht auf diese Kriminaluntersuchung habe sodann er, Rekurrent, gemäß § 315 der Zivilprozessordnung, Revision jenes Prozesses verlangt, aber Xaver Goldener sei ungeachtet dessen im Monat März laufenden Jahres mit der Exekution des Urtheils vorgegangen, indem er ihm habe Pfand anzeigen und zur Schätzung verkünden lassen. Gegen den Vollzug der Pfändung habe jedoch er, Rekurrent, Rechtsvorschlag erhoben, allein das Bezirksamt Schwyz habe am 24. März 1869 Amtsbefehl ertheilt zur Vollziehung der Schätzung und die Regierung des Kantons Schwyz habe am 27. August abhin denselben bestätigt.

Gegen diese Schlußnahme richte sich nun seine Beschwerde und er stelle das Gesuch, daß der Bundesrath dieselbe aufheben möchte.

Nach § 79 der Verfassung des Kantons Schwyz und andern gesetzlichen Vorschriften sei nicht der Bezirksammann, sondern nur die Regierung selbst zur Vollziehung kantonsgerechtlicher Urtheile kompetent. Jener Amtsbefehl des Bezirksamtes sei also von Anfang an verfassungswidrig und somit nichtig gewesen. In Folge dessen müsse auch der Beschluß der Regierung dahinfallen, weil sie nicht kompetent sei, einen Amtsbefehl aufrecht zu halten, welcher nicht die gesetzlichen Requisite an sich trage. — Auch sprechen Billigkeit und Moral dafür, daß mit der Vollziehung des fraglichen Urtheils bis nach dem Entscheide der Revisionsfrage zugewartet werde, indem diese voransichtlich zu seinen Gunsten werde entschieden werden, und auf Xaver Goldener, wenn Bezahlung geleistet wäre, nichts mehr erhältlich gemacht werden könnte.

II. Die Regierung des Kantons Schwyz beantwortete diese Beschwerde unterm 9. September 1869 mit dem Antrage auf Abweisung derselben. Es sei durch Urtheil des Kriminalgerichtes des Kantons Schwyz vom 7. September 1869 konstatirt, daß das Schuldverhältniß zwischen Xaver Fäbler und Xaver Goldener nicht ein fingirtes gewesen sei, und daß der Rekurrent nicht im Auftrage Goldeners gehandelt, als er den Werthtitel an Fäbler ausgehändigt habe. Diese Thatsachen seien somit in der Rekurschrift unrichtig dargestellt worden. Auch die vom Rekurrenten angerufenen Rücksichten auf Moral und Billigkeit kommen ihm nicht zu statten, indem die Revision unwahrscheinlich und die Verdächtigung Goldeners unbegründet sei.

In rechtlicher Beziehung sei es unrichtig, daß die Vollziehung des fraglichen Urtheils von der Regierung hätte ausgehen sollen. Es be-

stehe keine solche Vorschrift und auch die Praxis stehe dieser Ansicht entgegen. Der § 79 der Verfassung bestimme bloß, „der Regierungsrath sorgt für die Vollziehung der Urtheile des Kantonsgerichtes u.“ Es sei aber nach § 2 der einschlägigen Verordnung der Stellvertreter der Regierung, der Bezirksammann, berufen, in erster Linie die nöthigen Maßnahmen zu treffen, um eine allfällige Renitenz und unstatthafte Rechtsvorschlüge zu heben. Wenn sich aber besondere Schwierigkeiten bieten, dann sei es der Regierungsrath, welcher für deren Beseitigung und für die Vollziehung der fraglichen Urtheile zu sorgen habe. So sei hier verfahren worden und so werde im Wesentlichen gleich auch anderswo verfahren. Eine Verletzung der Verfassung und Gesetze liege also nicht vor.

In Erwägung:

1) Das Zivilurtheil, welches gegen den Rekurrenten erlassen wurde, ist ein rechtskräftiges, dessen Vollziehung keine gesetzlichen Hinderungsgründe im Wege stehen.

2) Was die Art und Weise der Vollziehung betrifft, gegen welche Rekurrent sich beschwert, so ist dieselbe keineswegs verfassungswidrig. Der § 79 der Verfassung des Kantons Schwyz verpflichtet den dortigen Regierungsrath nicht zur direkten Vollziehung gerichtlicher Urtheile, sondern überbindet ihm nur, dafür besorgt zu sein, daß die Vollziehung wirklich stattfinde.

3) Wenn daher der Regierungsrath in der Regel nur dann sich in das Vollziehungsverfahren mischt, wenn besondere Gründe hiefür vorliegen, sonst aber nach Gesetz und Praxis der Bezirksammann als Stellvertreter der Regierung handelt, so liegt für den Rekurrenten kein Grund vor, gegen dieses ganz normale Verfahren sich zu beschweren;

beschlossen:

1. Es sei der Rekurs als unbegründet abgewiesen.

2. Sei dieser Beschluß der Regierung des Kantons Schwyz, sowie dem Rekurrenten, Herrn Notar Franz Hediger in Schwyz, unter Rücksendung der Akten mitzutheilen.

Bern, den 24. September 1869.

Im Namen des schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Wetti.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Schieß.

Bundesrathsbeschluß in Sachen des Herrn Notar Franz Rediger in Schwyz, betreffend Rechtsverweigerung. (Vom 24. September 1869.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1869
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	44
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.11.1869
Date	
Data	
Seite	103-105
Page	
Pagina	
Ref. No	10 006 301

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.